Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 61 (1969)

Heft: 3

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Übergang zu anderen Arbeitsgebieten, um Aussetzungen zu vermeiden

Die Raytheon Co. in Lexington, Massachusetts, hatte vor fünf Jahren grosse Arbeiteraussetzungen zu machen, weil ihre Arbeiten für Verteidigungszwecke erheblich gekürzt wurden. Das war eine böse Warnung, und die Gesellschaft bemühte sich nach Kräften, um vielgestaltiger zu werden. Sie hat neue Arbeitsgebiete aufgenommen: Radar, Weltraum-Technologie, datenverarbeitende Maschinen und andere. Die Folge: als eine ihrer Fabriken kürzlich einen langen Kontrakt beendet hatte und Arbeiterentlassungen oder -aussetzungen drohten, war es der Gesellschaft möglich, sämtliche arbeitslos gewordenen Kräfte bei anderen Projekten zu beschäftigen. Niemand wurde ausgesetzt.

Die Unions, die Gewerkschaften, arbeiten mit den Unternehmern Hand in Hand, um auch vorübergehende Arbeiter-Aussetzungen unnötig zu machen. «*Es ist eine sehr gesunde Situation*», stellte bei der Besprechung der neuen Tendenz, um Arbeiter-Aussetzungen zu vermeiden, kürzlich P. L. Siemiller fest, der Präsident der grossen International Association of Machinists.

Dr. W. Schweisheimer, New York

Zeitschriften-Rundschau

Kolumbiens revolutionärer Priester

Am 15. Februar 1966 fand der katholische Priester Camilo Torres im Kampf gegen kolumbanische Regierungstruppen den Tod. Er wird in Lateinamerika von den einen als «Held», von den anderen als «Heiliger» verehrt. Im Februar dieses Jahres hätte er sein 40. Lebensjahr vollendet. In einem grösseren Beitrag in Heft 3 der Zeitschrift der bekennenden Kirche, «Stimme», beschreibt der Katholik Martin Stankowski die politische und soziale Situation in Kolumbien, in der der Priester Torres lebte und wirkte. Der Autor versteht es, durch eine realistische Darstellung des materiellen Elends in Kolumbien auch dem jeder Revolution abholden Westeuropäer Verständnis ja sogar eine gewisse Bewunderung für den Weg des revolutionären Priesters abzuringen. 80 Prozent der Bewohner Kolumbiens mangelt es an Nahrung, an einem Dach über dem Kopf, an Bekleidung, Hygiene und Erziehung; in schroffem Gegensatz zu diesem Elend steht eine Clique von ungefähr 50 Familien, die über die nationalen Reichtümer verfügen. 32 Familien besitzen mit ihren Haziendas über 10000 ha mehr Land als 338000 Kleinbauern zusammen. Ein Prozent der Bevölkerung verdient dreimal so viel wie 99 Prozent der Bevölkerung des Landes zusammen. 77 Prozent der Bevölkerung haben keine Schulbildung. Die Lebenserwartung liegt bei 44 Jahren. Für Camilo Torres, der aus einer begüterten Familie stammt, war das Christentum und das Priestertum speziell das Motiv, Nächstenliebe gesellschaftlich zu mobilisieren zur Veränderung des status quo. «Als ich die kolumbanische Gesellschaft analysierte, habe ich festgestellt, wie notwendig eine Revolution ist, um dem zu essen zu geben, der Hunger hat, zu trinken dem, der Durst hat, zu kleiden den, der nackt ist, und um das Wohlergehen unseres Volkes zu realisieren.» Am Schluss seines Beitrages kommt der Autor, Martin Stankowski, zu einigen wesentlichen Schlussfolgerungen, denen

er noch eine für ihn und wahrscheinlich auch für die meisten echten Christen entscheidende Frage anfügt: «Die Entwicklung und die soziale Gerechtigkeit in den Ländern der Dritten Welt fängt nicht mit der Evolution an und hört nicht mit der Revolution auf. Die engagierten Christen Lateinamerikas sind sich einig, dass es gilt, entschieden und unnachgiebig auf das Ziel zuzugehen, das Gerechtigkeit und Friede heisst. Welche Art Kampf das ist, können allein die Sozialrevolutionäre der Dritten Welt selbst bestimmen. Wann aber werden – das ist eine entscheidende Frage –, wann werden die Kirchen zum entscheidenden Träger dieses politischen Willens?»

Sozial- und Familienpolitik in Schweden

In Heft 223 (Januar 1969) der in Brüssel vom Internationalen Bund Freier Gewerkschaften herausgegebenen Monatsschrift «Freie Gewerkschaftswelt» findet sich die Kurzfassung eines Referates von Gertrud Sigurdsen, das diese anlässlich der Dritten Weltfrauenkonferenz in Düsseldorf hielt. Da die von Frau Sigurdsen in ihrem Vortrag «Sozial- und Familienpolitik in Schweden» dargestellten Zustände in vielem für uns Schweizer als vorbildlich bezeichnet werden können, seien hier einige Gedanken wiedergegeben. Ausgangspunkt des Referates war der vermehrte Anteil der erwerbstätigen, verheirateten Frauen in Schweden; waren es 1950 erst 15,6 Prozent, so stieg die Zahl bis zum Jahre 1966 auf 40 Prozent. Dass diese Entwicklung für die Sozial- und Familienpolitik von eminenter Bedeutung ist, dürfte für jeden verständlich sein. Hier einige der gebotenen und geplanten Leistungen: «Für jedes in Schweden ansässige Kind unter 16 Jahren wird ein Kindergeld von 900 Kronen gezahlt. Empfangsberechtigt ist die Mutter. Alle werdenden Mütter und Wöchnerinnen haben Anspruch auf kostenlose Untersuchung und Beratung in Mütterberatungsstellen und Kinderkliniken. Krankheiten, die durch die Schwangerschaft oder Entbindung ausgelöst sind, werden dort ebenfalls behandelt. Die Kliniken beraten auch über Kinderpflege und Geburtenkontrolle und nehmen Schwangerschaftstests vor. Vorbeugungsmittel, wie Vitaminpräparate und andere Medikamente, werden dort unentgeltlich verabreicht. Die Entbindung selbst ist kostenlos, ebenso auch die Inanspruchnahme der Hebamme. Jede Mutter erhält ein besonderes Entbindungsgeld von 1080 Schwedenkronen, das sich für jedes weitere Kind um 540 Kronen erhöht. Darüber hinaus erhält die berufstätige Mutter ein Krankengeld, wenn sie vor der Entbindung an ihrem Arbeitsplatz während mindestens 270 Tagen ununterbrochen krankenversichert war. Dieses zusätzliche Krankengeld staffelt sich nach dem Einkommen und wird für höchstens 180 Tage bezahlt. Im August 1968 erklärte der Schwedische Gewerkschaftsbund, bis 1975 müssten mindestens 100 000 Plätze in den Kindergärten zur Verfügung stehen.»

Hinweise

In den in Köln herausgegebenen «Gewerkschaftlichen Monatsblättern» (Februar) befasst sich Rudolf F. Kuda mit dem Thema «Mitbestimmung und organisierter Kapitalismus»; Karl Heinrich Pitz untersucht das Projekt einer «Überbetrieblichen Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer und Investitionsneigung»; Günther Eckstein setzt sich anhand des Buches von John Kenneth Galbraith mit der «Modernen Industriegesellschaft» auseinander; Reiner Voss versucht, die «Ökonomischen Hintergründe der tschechoslowakischen Krise» aufzuzeigen; Hansjürgen Koschwitz analysiert «Die Presse der UdSSR»; Helmut Bauer bemüht sich auf Grund verschiedener China-Bücher «Um ein realistisches China-Bild», und schlussendlich erläutert Gustave Stern das «Neue Gewerkschaftsgesetz in Frankreich».

In der schweizerischen sozialdemokratischen Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, im «Profil», äussert sich Dr. Peter Albrecht zur «Strafrechtsreform als sozialdemokratisches Anliegen»; Nationalrat Emil Schaffer plädiert für Subventionierung der politischen Parteien, und Dieter Zeller untersucht die Beziehungen des Gründers und ersten Staatspräsidenten der Tschechoslowakei, T. G. Masaryk, zum Zionismus.

Otto Böni